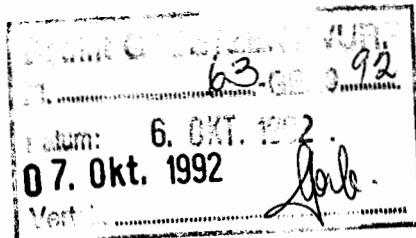


**BUNDES-INGENIEURKAMMER**

A-1040 · WIEN 4 · KARLSGASSE 9/2  
TEL. (0222) 505 58 07 SERIE

An das  
Präsidium des  
Nationalrates

Parlament  
1017 Wien



**GENERALSEKRETARIAT**

WIEN, 1.10.1992

G. Z. 438/92/je/hu

**Betr.:** Entwurf eines Bundesgesetzes über Fachhochschul-Studiengänge  
GZ 51.002/17-I/B/14/92

Beigeschlossene Unterlage(n) übermittelt das  
Generalsekretariat ohne gesonderten Brief

In der Beilage übermittelt die Bundes-Ingenieurkammer  
25 Kopien ihrer Stellungnahme zu obigem Gesetzesentwurf.

☐ wie vereinbart

☐ mit Dank zurück

**mit der Bitte um**

☐ Kenntnisnahme

☐ Rücksprache

☐ Stellungnahme

☐ Verlautbarung

☐ Erledigung

☐ Teilnahme und Bericht

☐ weitere Veranlassung

☐

Termin:

Beilage(n)

w.o.e.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*Maria Hunca*

Maria Hunca  
Generalsekretariat

**BUNDES-INGENIEURKAMMER**

An das  
Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung

Minoritenplatz 5  
1014 Wien

A-1040 · WIEN 4 · KARLSGASSE 8  
TEL. (0222) 505 59 07 SERIE  
TELEFAX 505 32 11

**KÖRPERSCHAFT  
ÖFFENTLICHEN RECHTES**

WIEN,

29. 9. 1992

G. Z.

438/92/zö/je

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes über Fachhochschul-  
Studiengänge (FHStG)  
Ihre GZ 51.002/17-I/B/14/92

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Bundes-Ingenieurkammer bedankt sich für die Übersendung  
des vorliegenden Gesetzesentwurfes und erlaubt sich, hiezu  
folgende

**S T E L L U N G N A H M E**

abzugeben:

Die Initiative zur Erlassung des gegenständlichen Gesetzes-  
entwurfes ging von der Gewerblichen Wirtschaft und der Indu-  
strie aus. Anlaß dafür waren kritische Berichte über den  
Mangel an wirtschaftlich und technisch ausgebildeten Ar-  
beitskräften. Insbesondere wurde beanstandet, daß die tech-  
nischen Studien an Universitäten zu lange dauerten und eine  
zu wenig praxisrelevante Ausbildung böten. Nach Ansicht der  
Bundes-Ingenieurkammer wären daher zunächst die Fragen zu  
klären, ob nicht eine Verbesserung der Situation an den  
Technischen Universitäten und eine Aufwertung der Höheren  
Technischen Lehranstalten erreicht hätte werden können.

Überdies ist noch nicht geklärt, welche Berechtigungen,  
Absolventen von Fachhochschulstudiengängen erwerben können.  
Die Klärung dieser Frage ist insbesondere auch für künftige  
Ziviltechniker relevant, sollte die Absolvierung eines  
Fachhochschulstudienganges die gleichen Berufseingangsvor-  
aussetzungen bieten, wie ein ordentliches Universitätsstu-  
dium (Richtlinie des Rates 89/48/EWG vom 21. Dezember 1988  
über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der

Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen). Seitens der Bundes-Ingenieurkammer wird bezweifelt, daß ein Fachhochschulstudiengang, der nur die in § 3 Z. 5 vorgesehenen 15 Semesterwochenstunden umfaßt, einem Vollstudium an einer Universität entspricht. Es wäre auch eine klare Einordnung der Fachhochschulstudiengänge in die derzeit in Österreich bestehende Verwaltungsstruktur vorzunehmen (z.B. ist für einen Absolventen einer Fachhochschule die Laufbahn eines A-Beamten möglich).

Die Bundes-Ingenieurkammer weist darauf hin, daß gerade die Anforderungen der Gesellschaft, der Umwelt und der Wirtschaft an die Qualifikation von Technikern permanent zunehmen. Außerdem wird gerade von Technikern - insbesondere von Ziviltechnikern - zunehmend vernetztes Denken und Denken in größeren Zusammenhängen gefordert. Daher ist für Techniker auf das von Universitäten vermittelte Procedere für wissenschaftliche Arbeiten unverzichtbar. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage der Durchlässigkeit des Bildungssystems zu behandeln. Gem. § 5 Abs. 2 des Entwurfes berechtigt der akademische Grad der Fachhochschule zum Doktoratsstudium an einer Universität. Die Bundes-Ingenieurkammer gibt zu bedenken, daß es bei der Zulassung zum Doktoratsstudium zu einer Benachteiligung der Absolventen eines universitären Diplomstudiums (das in der Regel eine Mindeststudiendauer von 8 Semestern erfordert) gegenüber den Absolventen eines Fachhochschulstudienganges (hier genügt eine Mindeststudiendauer von 6 Semestern) kommen kann. Zur Vermeidung der Ungleichbehandlung sollte daher der gegenständliche Gesetzesentwurf die Möglichkeit zur Absolvierung eines Doktoratsstudiums an einer Universität - im Anschluß an einen Fachhochschulstudiengang - zumindest an eine Mindeststudiendauer von 8 Semestern binden.

Da Ziviltechniker sowohl als Lehrer, als auch als Praktiker im technischen Bereich tätig sind, ist auf deren Vertretung und Mitarbeit im Fachhochschulrat für die "technischen Berufsfelder" unverzichtbar. Gemäß § 8 Abs. 1 müssen nämlich "... die Hälfte der Mitglieder des Fachhochschulrates über den Nachweis einer Tätigkeit in den für Fachhochschul-Studiengänge relevanten Berufsfeldern verfügen". Es wird daher angeregt, daß gem. § 8 Abs. 2 des Entwurfes die Mitglieder des Fachhochschulrates für die "technischen Berufsfelder" auf Vorschlag der Bundes-Ingenieurkammer vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Unterricht und Kunst bestellt werden. Nach Ansicht der Bundes-Ingenieurkammer müßte sichergestellt werden, daß die praktische Tätigkeit unmittelbar vor der Berufung in den Fachhochschulrat erbracht wird. Dies könnte durch eine dem § 2 Abs. 2 Z. 1 lit. b BG vom 19. Feber 1975 über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher BGBl. 137/1975 nachgebildete Regelung erfolgen. Eine analoge Regelung wäre auch in

§ 13 Abs. 2 Z. 3 des Entwurfes aufzunehmen.

§ 11 Abs. 5 sieht die Möglichkeit der Kooptierung von weiteren Mitgliedern in die Fachausschüsse vor. Wir ersuchen auch hier um die Aufnahme eines Vorschlagsrechts der Bundes-Ingenieurkammer in den gegenständlichen Gesetzesentwurf, soweit Mitglieder aus "technischen Berufsfeldern" kooptiert werden sollen.

§ 15 des Entwurfes sieht die Anerkennung von Fachhochschulstudiengängen mittels Bescheid vor. Zur besseren Information der Öffentlichkeit regt die Bundes-Ingenieurkammer eine Publizierung im Amtsblatt des entsprechenden Bundeslandes und/oder im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" (vergleichbar der Regelung des § 18 Abs. 7 Ziviltechnikergesetz, BGBl. 146/1957) an.

Die Bundes-Ingenieurkammer ersucht um Berücksichtigung ihrer Vorschläge und verbleibt

mit freundlichen Grüßen



Arch. Dipl.Ing. Helmut SCHIMEK  
Präsident



Dr. Peter ZÖLLNER  
Generalsekretär